

Prof. Dr. Dr. h. c. Dr. h. c. GEORG MAYER

Hochschulreform im Dienst der „Formierten Gesellschaft“

Angesichts des lebhaften Interesses, die ... „Prinzipien“ (Prinzipien zur ... Entwicklung von Lehre und Forschung an den Hochschulen der Deutschen Demokratischen Republik, D. D. R.) ...

Studenten sollen befähigt werden, die wissenschaftliche Entwicklung selbständig zu verfolgen. Das System der Höhergradierung und der Weiterbildung von Hochschulkadern muß ausgebaut werden ...

am Philosophischen Institut schon längerer Zeit bestehende Arbeitsgruppe „Philosophische Probleme der Biologie“ ...

die Begründung der Einheit der Wissenschaften, ist es ohne Mitarbeit einer wissenschaftlichen Philosophie nicht zu lösen. Im Verlaufe einer Analyse der historischen Entwicklung der Wissenschaftsklassifikation ...

Die Referat zum Thema „Klassifikation der Wissenschaften als philosophisches Problem“ wurde von Dr. Rochhausen gehalten ...

nach den Bewegungsformen) der Einteilung der Wissenschaften liegt. Er betonte, daß die Einigkeit bei der Einteilung von Physik und Chemie schon selbst auf die Schwierigkeiten einer solchen Abstufung aufmerksam machte.

DDR-Staatsgrenze = Friedensgrenze 4

Die DDR-Staatsgrenze fördert die Verständigung

Nahezu fünf Jahre ist es her, daß am 13. August 1961 durch den antifaschistischen Schutzwall in Berlin unsere Staatsgrenze wirksam gesichert wurde. Aus diesem Anlaß - die Schmähungen und Verleumdungen des Gegners gegen diese Grenze ...

In Ostdeutschland am 24. 6. 1948 war die separate Währungsreform in den Westzonen am 30. 6. 1948, dem Beitritt der DDR zum Warschauer Pakt am 14. 5. 1969 ...

Die dokumentarische Abriß beweist an sich die Tatsachen, wer den Graben tiefer ausgehoben hat: Die Deutscher Demokratische Kommission in der sowjetischen Besatzungszone ...

Der amerikanische Professor Apel bezifferte die Gesamtverluste der DDR auf 83,3 Milliarden Mark. Nach dem Kieler Professor Baude schuldete die Bundesrepublik der DDR „moralisch 100 Milliarden

die geistigen Grundlagen des Universitätswesens beschaffen sind und auf welcher sozialen Struktur das Bildungswesen beruht, das sind Kernfragen jeder Bildungs- und Hochschulpolitik.

Das Studium der neuen Empfehlungen des Wissenschaftsrates läßt nur die Wertung zu, daß damit die Integration des Hochschulwesens in das staatsmonopolistische System beschleunigt werden soll, das ihnen von den herrschenden Kreisen der Bundesrepublik zugeordnet ist ...

Nach den vorliegenden Empfehlungen des Wissenschaftsrates soll die Mehrzahl der Studenten in einem - in der Regel - vierjährigen Studium eine wissenschaftliche Berufsausbildung erhalten ...

Vor dem ganzen Bildungswesen der Bundesrepublik steht als unabweichliche Aufgabe ein sozialer Strukturwandel. Fortschrittliche Bildungspolitik, Wissenschaftler, Studenten und die Gewerkschaften haben - nicht zuletzt auch unter dem Wirken des Beispiels der Deutschen Demokratischen Republik - wiederholt verlangt, den Kindern von Arbeitern und Bauern die gleichen Bildungschancen und -rechte einzuräumen ...

Daran sind die in Westdeutschland herrschenden Kreise natürlich nicht interessiert. Sie möchten und müssen zwar einerseits das potentielle Begebenheitsreservoir mehr erschließen, wollen aber andererseits das Bildungsprivileg nicht aptasten, höchstens etwas modifizieren.

Die Masse der Studenten soll nach einem rationalisierten Studium von nur vier Jahren als Fachkräfte in den Dienst der Monopole treten. Die vorgesehene Begrenzung der Immatrikulationszeit wird unter

den gegebenen Bedingungen die Belastung aller Studenten außerordentlich erhöhen und dazu führen, daß die wenigen Kinder von Arbeitern und Bauern kaum oder nur sehr schwer das Studienziel erreichen werden. Denn: Die Studienförderung ist bekanntlich völlig unzureichend. Die personellen und räumlichen Voraussetzungen für ein ordnungsgemäßes wissenschaftliches Studium sind auf vielen Fachgebieten nicht vorhanden ...

Es gibt nicht wenige Stimmen in Kreisen der Intelligenz, der Studentenschaft und der Gewerkschaften, die eine Erziehung im Geiste des Humanismus, der Verständigung und des Friedens fordern. Aber ihre Forderungen nach einer echten Bildungsreform schlagen sich in den neuesten Empfehlungen des Wissenschaftsrates nicht nieder. Im Gegenteil: Die Empfehlungen schaffen den organisatorischen Rahmen, um die von den herrschenden Gruppen der Bundesrepublik erwünschte Erziehung ebenfalls effektiver zu gestalten.

Offenbar sind die Herren des Monopolkapitals und des Staates trotz Ostkundeunterricht und Geschichtsfähigkeit in der Schule, trotz anderer Methoden der Manipulation des Menschen mit den erreichten Ergebnissen nicht zufrieden. Es paßt ihnen nicht, daß sich Studenten unter Berufung auf die grundgesetzlich verbürgte Meinungsfreiheit gegen die USA-Aggression in Vietnam, gegen die Notstandsgesetze und gegen die Atomrüstungspläne der Bundesregierung wenden. Die Formierung eines den Herrschenden genehmen staatsbürgerlichen Bewußtseins im Zuge der

Formierung der Gesellschaft läßt sie nach neuen Organisationsstrukturen in der Erziehung der akademischen Jugend suchen ...

Man kann dem Vorsitzenden des Allgemeinen Studentenausschusses an der Westfälischen Universität beifügen, wenn er im Hinblick auf die Beschränkung politischer Freiheiten der Studenten an den Universitäten und die Versuche der CDU/CSU zur Formierung der Gesellschaft in der Bundesrepublik kürzlich feststellte, „daß die Universität - integriert in diesem Formierungsprozeß - auf dem Wege ist zu einem rationell funktionierenden Betrieb, zu einer Akademiker-Fabrik, mit einem regimentierten Stoff-Produzieren und -Reproduzieren, mit der Aufgabe, möglichst billige Spezialfunktionäre auszustufen“.

Diese den Empfehlungen des Wissenschaftsrates im herrschenden System der Bundesrepublik zugeordnete Rolle wird auch deutlich an dem Wege ihres Entstehens. Die überaus große Mehrheit der westdeutschen Hochschullehrer und Studenten, die von den Empfehlungen in erster Linie betroffen sind, erfährt von ihnen aus der Presse. Die Kommentare der Zeitungen laufen darauf hin, daß die Universitäten ohne prinzipielle Diskussion die Empfehlungen verwirklichen sollen. Viele Hochschullehrer und Studenten sind zu Recht empört über diese undemokratische Verfahrensweise. Sie sollten erkennen, daß hier kein „Schönheitsfehler“ vorliegt, sondern daß diese Praxis ein Stück „formierte Gesellschaft“ ist.

Als Resümee dieser Betrachtung kann festgehalten werden, daß eine demokratische Hochschulreform, die dringend heißt, nur möglich ist und gelingen kann, wenn die gesellschaftlichen Verhältnisse demokratisiert werden. Von der „Formierten Gesellschaft“ der CDU/CSU erwachsen der Wissenschaft und dem Hochschulwesen unermessliche neue Gefahren. (Aus ND vom 28. Juni 1966, red. gekürzt)

Praxis-Verhältnis des Geschichtsprozesses zu erklären ist, in den Mittelpunkt gestellt wurde. Danach ergibt sich die Einheit beider Wissenschaftsgebiete daraus, daß die Naturwissenschaften die theoretische Begründung der praktischen Beherrschung der Natur durch den Menschen abgeben müssen, während die Gesellschaftswissenschaften die praktische Beherrschung der Vergesellschaftung des Menschen theoretisch fundieren sollen. Diese Begründung der Einheit der Wissenschaft-

- 2. Einteilung der Wissenschaften nach den Methoden, wodurch Entwicklungsstadien und Verflechtungen der Wissenschaften untereinander besonders gut zum Ausdruck gebracht werden können.
3. Als besonders zukunftssträchtiges Prinzip wurde die synthetisch aufbauende Betrachtungsweise, die in der Biologie durch v. Bertalanffy expliziert wurde (synthetisches Fortschreiten vom Elementarprozess der Zelle bis zu komplizierten Wechselbeziehungen zwischen

Weise für die Mathematik wie auch für Kybernetik zutreffend. Demnach sei die Kybernetik ebenfalls eine Strukturwissenschaft.

Prof. Dr. Harig wies ebenfalls darauf hin, daß die Untersuchung von Strukturen Mathematik, Logik und Kybernetik in einen engen Zusammenhang rückt. Er betonte, daß die praktische Einteilung der Wissenschaften, so wie wir sie etwa in der Universitätsstruktur vorfinden, einer Untersuchung unterzogen werden müßte. Hier sind auch verschiedene Formen der Zusammenarbeit heranzureife, die sich etwa dadurch auszeichnen, daß Vertreter verschiedener Wissenschaften mit Erfolg an ein und derselben Problemstellung arbeiten. Eine Untersuchung derartiger praktischer Probleme sollte für die Untersuchung zur Wissenschaftsklassifikation fruchtbar gemacht werden.

Die Diskussion über Wissenschaftsklassifikation müßte nach Meinung Dr. Wolffs dazu beitragen, den oftmals recht langen Weg von der Klärung des Gegenstandes einer sich herausbildenden Wissenschaft bis zu ihrer Eingliederung in die Lehrpläne der Universität zu verkürzen.

Insgesamt hat sich im Verlauf der Veranstaltung gezeigt, daß an der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät ein großes Interesse an philosophischen Problemen der Wissenschaften besteht. Es ist geplant, im Oktober dieses Jahres eine weitere Veranstaltung durchzuführen.

* Zu diesem Problem ausführlicher nachzulesen in UZ 196, S. 3, Fiedler/Sedel: „Marx nicht gelassen - getanzt bei Kant“.

Klassifikation der Wissenschaften als philosophisches Problem

Von Dipl.-Phil. GERHARD TERTON

ten schließt die Begründung durch die materielle Einheit der Welt ein.

Abschließend wurden drei Klassifikationsprinzipien herausgearbeitet, die allerdings nur in gekoppelter Weise zur einigermaßen vollständigen Klassifikation der Wissenschaften angewendet werden können:

- 1. Einteilung der Wissenschaften nach Gegenständen, wobei sich Gradabstufungen hinsichtlich der Abstraktheit der Gegenstände besonders innerhalb einer Grundwissenschaft (Physik oder Biologie) als nützlich erweisen.

hochentwickelten Lebewesen und Milieu) angeführt.

In einem kurzen Diskussionsbeitrag wies G. Terton darauf hin, daß die Systemtheorie L. v. Bertalanffys die These von der materiellen Einheit der Welt als Begründung für die Einheit der Wissenschaften durch eine strukturelle Betrachtungsweise in sinnvoller Weise vertieft. Dr. K a n n e g i e r lehnte den für Kybernetik gebrauchten Terminus „Querschnittswissenschaft“ ab. Er unternahm den Versuch, einen allgemeinen Strukturbegriff zu explizieren, der im Prinzip in gleicher

Mark“ (85 Milliarden Mark ohne die 25 Milliarden an Reparationen, die die DDR in der kritischen Zeit für ganz Deutschland - also auch für Westdeutschland - aufgebracht hat). „Können Sie sich vorstellen, was man mit diesen Mitteln in der DDR investieren oder unternehmen könnte (und es wäre sehr wirkungsvoll, das im jeweiligen Bereich konkret zu illustrieren) und wie man andererseits das bei uns gespart hätte? In gewissem Maße ist unser Wohlstand eine Folge der Diskriminierung der DDR. Wenn die Reparationen verwirklicht würden, könnte das sozialistische System mit einem derartigen Tempo seine Vorteile erst voll beweisen, daß das Lebensniveau in beiden deutschen Staaten bald gleich wäre, wenn es sich nicht sogar zugunsten der DDR entwickeln würde. Niemandem würde dann einfallen, zu uns zu kommen, und die Frage der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten würde einen großen Schritt zu ihrer befriedigenden Lösung näherkommen.“ (Basise in einem Interview für die Prager Zeitschrift „Internationale Politik“ vom März 1968).

Man braucht nur an die Folgen der Währungspekulation und Schiebererei, der Blockadedrohungen und der wirtschaftlichen Lieferstopps zu erinnern, um zu begreifen, daß damit die wahre Höhe der uns geraubten Werte noch keineswegs voll erfaßt ist, ganz zu schweigen von dem überhaupt nicht in Zahlen anzugebenden Schaden der gezielt auf bestimmte Städte, Kreise und Bereiche konzentrierten, systematischen Abwerbung (zum Beispiel Fachkräfte) und Desorganisation.

Der antifaschistische Schutzwall wird zu einem realistischen Umdenken zwingen, sagen wir schon 1961. Das wachsende Echo unserer neuen Entspannungsiniziativen in Westdeutschland, im westlichen Ausland, der nach 20 Jahren erstmalig wieder aufgenommene

Dialog der beiden größten deutschen Parteien und die zunehmende „Entdeckung“ der DDR, der zu unseren Gunsten ausfallende Vergleich ihrer revolutionären Errungenschaften mit dem historischen Nachholbedarf in Westdeutschland nach dem Bau der „Mauer“ beweisen es.

Am deutlichsten spiegelt sich der realistische Erkenntnisprozess wohl in den Worten Sebastian Haffners wider: „Im ganzen muß man heute sagen, daß Ulbrichts Revolution, unter hoffnungslosen Bedingungen tollkühn begonnen und unerschütterlich durchgehalten, schließlich doch erfolgreich gewesen ist - und zwar, wie schon gesagt, als bisher einzige Revolution der deutschen Geschichte.“ Sie „hat ein ebenfalls für Deutschland völlig neues Wirtschafts- und Gesellschaftssystem auf die Beine gestellt, das heute bereits stabiler wirkt als das traditionelle, restaurierte der Bundesrepublik“, ein System, dessen „Grundlage ein brillant konzipiertes, hochmodernes Bildungssystem ist.“ (zitiert nach der westdeutschen Zeitschrift „konkret“).

Der untreue willige Blutspender für die reiche westdeutsche Bundesrepublik hat sich spät, aber noch rechtzeitig darauf besonnen, daß er sein Blut selber braucht, wie es in dem zweiten offenen Brief des ZK der SED heißt. Selbst westdeutsche Beobachter können nicht umhin einzugestehen: Die Sicherung unserer Staatsgrenze schuf die Voraussetzungen zur vollen Wirksamkeit der Vorzüge der sozialistischen Gesellschaftsordnung und zur Herausbildung einer neuen Menschengemeinschaft, die sich immer mehr zur ausstrahlenden Keimzelle des künftigen friedlichen und einheitlichen deutschen Vaterlandes entwickelt.

Der „stärkste aller Antriebe zur Herstellung der nationalen Identität Ostdeutschlands ist vermutlich... die Berliner Mauer

gewesen... Die Wahrheit ist, daß die Menschen im Osten in vieler Hinsicht weit „deutscher“ sind als die im Westen.“ (Bruce van Voorst, Chef des Bonner Büros der amerikanischen Zeitschrift „Newsweek“).

„In diesem Land, das es nicht gibt, haben wir festgestellt, daß - ob man es will oder nicht, ob man diesen Staat liebt oder nicht - ein neues, ein anderes Deutschland lebt und sich entwickelt, ein Deutschland, mit dem man rechnen muß.“ Journalist Jean Heloin in der belgischen katholischen Gewerkschaftszeitung „La Cité“. Wir lernten „auch 16jährige kennen, die ihre DDR mit Stolz gegen alle Argumente westlicher Besucher verteidigten, als ob sie ihr persönliches Eigentum wäre, das ihnen jemand antasten wollte“ (der hessische Gewerkschaftsfunktionär Klaus Beheim nach dem Deutschlandtreffen 1964).

So ist es nur charakteristisch, daß zu dem bestimmendsten Eindruck einer so bekannten Schauspielerin wie Inge Keller während ihrer Gastspielreise in Westdeutschland die „Heimatlosigkeit“ ihrer westdeutschen Kollegen „inmitten der Attraktivität der Schaufenster“ und deren „Passungslosigkeit angesichts der Attraktivität unserer sozialistischen Menschengemeinschaft“ gehörte.

Aus all dem ergibt sich: Der antifaschistische Schutzwall war, ist und wird niemals ein Hindernis für Annäherung, Verständigung und Entspannung in Deutschland sein, sondern ist angesichts der vom westdeutschen Imperialismus herausbeschworbenen Lage zur wichtigsten Voraussetzung erfolgreicher Gespräche, Verhandlungen und Beziehungen geworden, die ohne Erhaltung des Friedens, Anerkennung der Realität und eine Atmosphäre der Ruhe und Sachlichkeit ja nicht möglich sind.